



Gewerkschaft der Landesbediensteten  
Sindacato dei dipendenti provinciali  
Sindacat di Dependënc Provinziei

## STELLUNGNAHME GREEN PASS

Am 6. August 2021 wurde das Gesetzesdekret Nr. 111 über "Dringende Maßnahmen für den sicheren Betrieb von Schulen, Universitäten, sozialen Einrichtungen und Verkehrsmitteln" im Amtsblatt veröffentlicht, was eine Debatte auslöste, die noch nicht abgeklungen ist, da es keine Anhaltspunkte für eine effektive Anwendung gibt.

In Artikel 9b des genannten Gesetzesdekrets, der auf Artikel 9 des Gesetzes Nr. 87/2021 verweist, werden die Voraussetzungen für die Zertifizierung festgelegt:

- a) Impfung gegen SARS-CoV-2 (kostenlos für alle);
- b) erfolgte Heilung einer Covid-19-Infektion;
- c) ein durchgeführter Antigen- oder molekularer Schnelltest mit negativem Ergebnis auf das SARS-CoV-2-Virus (die Behandlungskosten gehen zu Lasten der Arbeitnehmer\*innen).

Gegenwärtig ist die Impfung gegen SARS-CoV-2 nicht obligatorisch und die Arbeitnehmer\*innen sollten die Möglichkeit haben, frei zwischen der Impfung und einem Antigentest zu wählen und sollten in keiner Form sozial oder wirtschaftlich diskriminiert werden. Es sei daran erinnert, dass die europäische Verordnung 2021/953 vom 14. Juni 2021 in Absatz 36 besagt, dass **"eine unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung von Personen, die nicht geimpft sind, beispielsweise aus medizinischen Gründen, weil sie nicht zu der Zielgruppe gehören, für die der COVID-19-Impfstoff derzeit verabreicht wird oder zugelassen ist, wie z. B. Kinder, oder weil sie noch nicht die Möglichkeit hatten, geimpft zu werden, oder weil sie sich entschieden haben, sich nicht impfen zu lassen, vermieden werden muss"**.

Wie könnte man also das italienische Verfassungssystem unerwähnt lassen, das unter seinen Grundsätzen gerade das Verbot der Diskriminierung und die Verpflichtung des Staates zum unentgeltlichen Schutz der öffentlichen Gesundheit vorsieht, ohne Verpflichtungen zu Gesundheitsbehandlungen aufzuerlegen, außer denen, die zuvor durch entsprechende gesetzliche Regelungen vorgesehen wurden.

In der Tat enthält das oben genannte Dekret eine eklatante Form der Diskriminierung aller Arbeitnehmer\*innen, die sich nicht impfen lassen, sondern Antigentests durchführen lassen. Sie müssen nämlich einen erheblichen finanziellen Aufwand betreiben, um ihre Tätigkeit ausüben zu können.

Die unterzeichnende Gewerkschaft ist der Auffassung, dass dieses "Opfer" gemäß den Bestimmungen über die Sicherheit am Arbeitsplatz des konsolidierten Gesetzes Nr. 81/2008 und genauer gesagt gemäß Artikel 18, der die Arbeitgeber\*innen verpflichtet, die erforderliche und geeignete persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen und Artikel 41 Absatz 4, welcher vorsieht, dass auf das Risiko ausgerichtete und für notwendig erachtete diagnostische Untersuchungen keine wirtschaftliche Belastung für die Arbeitnehmer\*innen bedeuten dürfen, zwangsläufig vom Arbeitgeber getragen werden muss.

Auf der Grundlage der obigen Ausführungen:

- Die grüne Covid-19-Zertifizierung muss tatsächlich ein Instrument zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und der Arbeitnehmer\*innen sein und nicht ein Mittel, um diejenigen, die sich für die Testform entscheiden, unerwünschte gesundheitliche Entscheidungen oder wirtschaftliche "Strafen" aufzuerlegen. Wir fordern daher die Verantwortlichen für schulische Einrichtungen auf, die wirtschaftlichen Mittel für die Durchführung der erforderlichen Abstriche bereitzustellen, um sicherzustellen, dass ungeimpft Personal anwesend sein kann.

Wenn die Arbeitnehmer\*innen für die Gesundheitsfürsorge zahlen müssten, würde dies ihr Einkommen deutlich verringern.

Diese Form der Ungleichheit wird sich noch stärker auf die Bediensteten der unteren Einkommen und deren Familien auswirken, die gezwungen sind, unerwartete Kosten auf sich zu nehmen, um ihre Rechte am Arbeitsplatz und in der Schule wahrnehmen zu können: Man denke nur an die Kosten, die eine Familie zu tragen hat, deren Eltern in der Schule arbeiten und deren Kinder an der Universität eingeschrieben sind.

Schließlich sind wir erstaunt über die starre Haltung der Entscheidungsträger des Landes, die in der Vergangenheit sehr aktiv waren, um kostenlose Tests zur Verfügung zu stellen und die sich nun gemäß den Richtlinien der Regierung in Rom weigern, den Arbeitnehmer\*innen, die sich einem Test unterziehen müssen, finanzielle Unterstützung zu gewähren.

***Wir fordern daher mit Nachdruck, dass die Schulen die Mittel für die Durchführung der erforderlichen Abstriche zur Verfügung stellen, um die Anwesenheit des Personals im Dienst zu gewährleisten und nach Möglichkeit, die den Arbeitnehmern entstehenden Kosten, erstattet werden. In dieser Phase muss die Entscheidungsfreiheit der Menschen, ob sie sich impfen lassen wollen oder nicht, und ihr Recht auf Arbeit gewährleistet und respektiert werden. Wir können uns kein System vorstellen, bei dem das individuelle Einkommen der Betroffenen nicht berücksichtigt wird, denn die möglichen Kosten, die die Arbeitnehmer\*innen zu tragen hätten und die für alle gleich hoch sind, würden sich mit Sicherheit stärker auf die niedrigen Einkommen auswirken.***

**TEAM SCHULE GS**